

Antrag A1

Einreicher: Bezirksvorstand

Das Projekt "Anlauf- und Registerstelle konfrontative Religionsbekundung" von Bezirksbürgermeister Martin Hikel gefährdet den Schulfrieden

Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbands DIE LINKE. Neukölln lehnt das Projekt „Anlauf- und Registerstelle konfrontative Religionsbekundung“ von Bürgermeister Martin Hikel ab, weil es muslimische Jugendliche stigmatisiert und den Schulfrieden gefährdet. Die Linksfraktion in der BVV Neukölln, der Parteivorstand des Landes Berlin und die Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin werden aufgefordert, sich gegen das Projekt zu stellen und dafür einzusetzen, dass das Projekt keine weitere Finanzierung erhält. Der Bezirksvorstand wird dazu einen Antrag an den Landesausschuss stellen.

Begründung:

Das Projekt „Anlauf- und Registerstelle konfrontative Religionsbekundung“ von SPD-Bezirksbürgermeister Martin Hikel, unterstützt von der SPD-Jugendstadträtin Miriam Blumenthal, dem CDU-Sozialstadtrat Falko Liecke und der Neuköllner Integrationsbeauftragten Güner Balci, hat den Verein DeVİ e.V. mit einer „Bestandsaufnahme konfrontative Religionsbekundungen“ beauftragt, die im Dezember 2021 veröffentlicht wurde. Dieser Bericht vermischt auf methodisch unsaubere Weise vorurteilsbehaftete Kommentare, willkürlich ausgewählte Anekdoten und Berichte über Schulkonflikte mit unterschiedlichen Hintergründen. Es werden teils veraltete Daten genutzt und ausschließlich Lehrkräfte und Schulleitungen befragt. Die Perspektive von Schüler:innen und Eltern fehlt völlig. Damit trägt das Projekt zur rassistischen Stigmatisierung von Muslim*innen in Neukölln bei. Zahlreiche Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen gegen Rassismus üben starke Kritik an dem Projekt und dem „Bericht“.

Hintergrund des Projektes ist die Erklärung des Leiters des Vereins DeVİ e.V. als Sprecher der Initiative "Pro Neutralitätsgesetz". Darin wird ein solches Projekt gefordert, damit Belege gefunden werden können, dass das Kopftuch an Schulen den Schulfrieden gefährdet und damit das Neutralitätsgesetz verteidigt wird. Die Schulen brauchen ohne Frage mehr Lehrkräfte und mehr Unterstützung bei ihrer Arbeit. Hierfür bestehen bereits Hilfsstrukturen. Ein einseitiges Projekt, das kontextlos und ohne den Anspruch der Antidiskriminierung installiert wird, braucht es nicht.